



Stoppt den Waffenhandel!

Rede beim Aktionstag 26.2.2019 in Berlin

Christine Hoffmann, pax christi-Generalsekretärin und Sprecherin der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

Danke, dass ihr alle da seid! Wir stehen hier und schreien auf: Stoppt den Waffenhandel! Dieser Schrei gilt den Abgeordneten hier im Deutschen Bundestag und noch viel mehr der Bundesregierung. Hört auf, die Munition und die Waffen für Kriege zu liefern! Denn wer Waffen und Munition liefert, trägt Mitverantwortung für den Krieg. Wir aber wollen eine deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik, die Frieden stiftet, die sich zum Mittler macht und zivile Konflikttransformation fördert und praktiziert. Wir stehen hier und sind stolz auf das Engagement der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

Denn aufgrund der Strafanzeige unseres Kampagnensprechers Jürgen Grässlin mit unserem Rechtsanwalt Holger Rothbauer wurde vorige Woche die Kleinwaffenschmiede Heckler & Koch wegen illegalen Waffenhandels nach Mexiko zur Zahlung von 3,7 Millionen Strafe verurteilt. **Das ist ein immenser Erfolg – auch der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“**. Das ist ein Signal an alle Rüstungsfirmen: Wer illegale Geschäfte macht, muss alles zurückzahlen. Illegale Waffengeschäfte lohnen sich nicht. **Das haben wir erreicht!**

Und es geht gleich weiter: Heute startet in Kiel der Prozess gegen Sig Sauer aufgrund unserer Strafanzeige. Drei vormaligen führenden Topmanagern des schleswig-holsteinischen Kleinwaffenproduzenten Sig Sauer wird in der Anklage der Export von über 38.000 Pistolen des Typs SP 2022 aus Deutschland legal an die USA und illegal ins Bürgerkriegsland Kolumbien zur Last gelegt. Damit sollen sie gegen das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) verstoßen haben.

Heute ist der 26. Februar, der 26. 2. Mit diesem Datum für den bundesweiten Aktionstag gegen tödliche Rüstungsexporte erinnern wir die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die Bundesregierung an Artikel 26, den Friedensparagrafen im Grundgesetz.

Artikel 26 des Grundgesetzes unseres Landes verbietet Deutschland nicht nur einen Krieg anzufangen, sondern stellt im zweiten Absatz – **eben in Artikel 26.2.** – den Zusammenhang zu Rüstungsexporten her. Aus friedensethischer Sicht ist der Export von Kriegswaffen und Munition ist gleich zu setzen mit der Androhung von Gewalt. Dagegen steht der gesellschaftliche Konsens, der sich in Paragraph 26.2 des Grundgesetzes ausdrückt.

Es ist klar: „Artikel 26 GG Satz (2) Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“

Das heißt: was nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Bundesregierung geschehen darf, ist grundsätzlich verboten. Das muss in der deutschen Politik wieder klar werden. Das Grundgesetz verbietet grundsätzlich den Waffenhandel! Leider versteht die Bundesregierung das nicht. Seit Ende der 90er Jahren verstehen die Bundesregierungen das nicht mehr. Egal ob rot-grün, gelb-schwarz oder schwarz-rot. Die Genehmigungen für Rüstungsexport aus Deutschland haben sich von 1999 bis 2017 verdoppelt. 1999 genehmigte Rot-Grün Kriegswaffenexporte im Wert von rund 13 Mrd. Die große Koalition Schwarz-Rot genehmigte zwischen 2014 – 2017 Kriegswaffenexporte im Wert von fast 25 Mrd. Das ist ein Skandal und deshalb stehen wir hier und fordern: Stoppt den Waffenhandel!

Kanzlerin Merkel versteht Rüstungsexporte als prima Alternative zu Bundeswehreinsätzen. Denn über Rüstungsexporte kann die Bundesregierung hinter verschlossenen Türen entscheiden. So werden die friedenspolitischen Fragen danach, gegen wen die Waffen in oder von den belieferten Ländern eingesetzt werden können, vermieden, die jeder Einsatz der Parlamentsarmee Bundeswehr mit sich bringt. Parlamentarische Kontrolle und öffentliche Debatte sind nicht gewollt, wenn es um Rüstungsexporte geht. Wirtschaftsminister Altmeier wird nicht müde zu betonen, Deutschland habe die schärfsten Gesetze zum Rüstungsexport und mache eine restriktive Rüstungsexportpolitik. **Von wegen!**

Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht

www.aufschrei-waffenhandel.de



Außenminister Maas behauptete zuletzt noch bei Anne Will, die meisten der deutschen Waffenexporte gingen ja an quasi unproblematische Partnerländer in EU und NATO. **Von wegen!**

Wir zeigen heute, was in den fünf Jahren von 2013 bis 2017 tatsächlich an Kriegswaffen ausgeliefert wurde. Wir führen bildlich vor Augen welche Länder alles mit Kriegswaffen beliefert wurden. Und wir zeigen, warum das ein Problem ist: Wir lenken den Blick auf die Opfer deutscher Rüstungsexporte. Denn deutsche Waffen werden in aktuellen Konflikten und Kriegen eingesetzt.

Wir widerlegen hier heute kunstvoll einige paar verharmlosende Behauptungen über den deutschen Rüstungsexport. Erstens: Der meiste Rüstungsexport ginge an Nato und EU Länder. Tatsächlich wurden in den fünf Jahren von 2013-2017 wurden Kriegswaffen für 1,5 Milliarden Euro an NATO und EU-Staaten und Kriegswaffen in Höhe von 8 Milliarden Euro an Drittstaaten ausgeliefert. Zweitens: Die Exporte und deutsche Waffen hätten mit den aktuellen Fluchtbewegungen nichts zu tun und drittens: Exporte in Nato und EU seien unproblematisch. Tatsächlich beobachteten die Vereinten Nationen bereits 2015 in Syrien die größte Fluchtbewegung seit dem Krieg in Ruanda in den 90er Jahren. Deutsche Waffen werden in Syrien vom NATO-Partner Türkei eingesetzt.

Was wir sehen werden ist ein Riesenskandal! Von 2013 – 2017 wurden für 1.471.450.000 Euro – also für **rund 1,5 Milliarden Euro** Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter an NATO-Partner, EU-Staaten und beiden gleichgestellte geliefert – wieviel an welches Land zeigen wir gleich.

Im gleichen Zeitraum von 2013 bis 2017 wurden an Drittländer Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter im Wert von 7.986.218.000 Euro geliefert. **Das sind rund 8 Milliarden.** Was ist ein Drittstaat? So nennen die Politischen Richtlinien der Bundesregierung jedes Land, das nicht zur NATO oder EU gehört und diesen Ländern nicht gleichgestellt ist. Zu den Drittstaaten gehören Diktaturen und Länder, für die die Bundesregierung die Lage der Menschenrechte als sehr schlecht bezeichnet wie Algerien, Ägypten, Katar, Saudi-Arabien oder die Vereinigte Arabische Emirate, etc. **Und wir zeigen einen weiteren Skandal. Wir zeigen, dass diese deutschen Waffen in die aktuellen Kriege befeuern.**

Wir schauen auf den Krieg im Jemen, wo die von Saudi-Arabien angeführte Koalition laut Vereinten Nationen die weltweit größte humanitäre Katastrophe angerichtet hat. Und wir zeigen, welche deutschen Waffen dort von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten eingesetzt wurden.

Wir schauen auf den Krieg in Syrien, wo der NATO-Partner Türkei deutsche Panzer und Gewehre einsetzt. Und **wir schauen nach Kolumbien**. Deutsche Pistolen der Firma Sig Sauer töten dort auch ohne Krieg. **Aber sehen sie selbst.** In den fünf Jahren von 2013-2017 wurden Kriegswaffen für 1,5 Mrd an NATO und EU und gleichzeitig Kriegswaffenlieferungen an Drittstaaten im Wert von 8 Mrd. tatsächlich ausgeliefert. Es ist also eine Mär, am meisten würden die Partnerländern in NATO und EU geliefert. Längst baut die deutsche Rüstungsindustrie auf Geschäfte mit Drittstaaten. Um der Übersichtlichkeit willen haben wir nur die Länder gezeigt, in die in den Jahren 2013 – 2017 je Kriegswaffen im Wert von mehr als 1 Million Euro tatsächlich ausgeliefert worden sind. Die Zahlen, die wir zeigten sind unstrittig. Sie entstammen den Rüstungsexportberichten der Bundesregierung.

Leider gibt es statt eines wirkungsvollen Rüstungsexportkontrollgesetzes zwei deutsche Gesetze, die den Rüstungsexport regeln und zwischen diesen beiden Gesetzen klafft eine Lücke breit wie ein Scheunentor, durch das Jahr für Jahr tödliche Waffensysteme in die Konfliktgebiete dieser Erde exportiert werden. Deutschland braucht endlich ein scharfes Rüstungsexportkontrollgesetz. Das fordert „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ seit 2011.

Wer mit Kriegswaffen handelt, bahnt dem Krieg den Weg, verlässt Dialog und Diplomatie, droht mit Gewalt, verlässt den Pfad des Friedens, des Dialogs und der Verhandlungen. Wer den Export von Kriegswaffen genehmigt, trägt Mitverantwortung für die Kriege, die damit geführt werden.

Und das ist keine abstrakte Aussage. Das haben Sie an den Beispielen Jemen, Syrien und Kolumbien gesehen. Wir fordern eine Umkehr der deutschen Rüstungsexportpolitik! **Wir fordern Waffenhandel stoppen! Abrüsten Jetzt!**